

Ercheinungswelfe:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Fefttage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklametell:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zufchlag

Für Platzvorfchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerihtsftand für beide Velle
in Calw.



Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Poft-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Befteilgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
befteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreifes

Fernfprecher Nr 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelshöfer'schen
Buchdruckerei.

Nr. 32

Mittwoch, den 8. Februar 1928

101. Jahrgang.

Reichstag und Mieterschutz.

Änderung des Mieterschutzgesetzes?

Berlin, 8. Febr. Der Reichstag, der fich einige Tage Ruhe gönnte, befchäftigte fich geftern vor Wiederaufnahme der Etatsberatungen mit der Änderung der Mieterschutzgefetze. Während die Zwangswirtschaft auf anderen Gebieten faft völlig verfchwunden ift, fo ift fie auf dem des Wohnungswefens bisher noch ziemlich unverändert geblieben. Soweit Durchlöcherungen erfolgten — durch Freigabe der gewerblichen Räume und der großen Wohnungen — trafen fie einen verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsfreis, nicht die Maffen der Mieterschaft. In dem jetzt vorliegenden Gefesentwurf dagegen wird

ein erfter entfcheidender Schritt zum Abbau des Mieterschutzes

getan. Die Vorlage enthält als Kernftück nämlich ein erweitertes Kündigungsrecht des Vermieters. Allerdings ift diefe Befimmung mit einer Reihe von Hemmungsklauseln verfehen, die eine rigorose Handhabung verhindern follen.

Dennoch proteftierten die Sozialdemokraten in allerfchärfster Form gegen die Unterminierung des beftehenden Mietrechts. Ihr Redner Lipinski konnte fich auf die Stellungnahme des Reichsrates berufen, der gegen das neu einzuführende Verfahren schwere Bedenken erhoben und es mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Dem Zentrum insbefondere warf der sozialdemokratische Redner vor, daß es fich um des Reichsschuldfes willen zu Konzessionen herbeigelaffen habe.

Reichsjustizminister Hergt

erklärte, bei dem Kampf gegen diesen Entwurf handele es fich tafächlich gar nicht um den vorliegenden kleinen Entwurf, fondern um eine Kampfstellung in den großen programmatifchen Fragen: Wohnungszwangswirtschaft und freie Wirtschaft. Sowohl die Mieterverbände wie die Hausbefizerkreife gingen erftlich auf den vorliegenden Gefesentwurf überhaupt nicht ein. Der Minister ftellte feft, daß ihm weit über fechshundert folcher Eingaben aus Haus-

befizerkreifen zugegangen feien. Diese Kampfstellung bringe Einfeitigkeit und Uebertreibung des Standpunktes mit fich. Es fei bedauerlich, daß zu der Geißel der ungeheuren Wohnungsnott, unter der das Volk leide, noch die Geißel der Agitation getreten fei.

Jede Zwangswirtschaft fei ein Uebel. Der vorliegende Entwurf bringe aber weder eine Entfcheidung nach der einen noch nach der anderen Seite.

In grundsätzlichen Entfcheidungen fei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf halte genau die Mitte zwifchen den Interellen beider Seiten. Die Forderung der Zwangswirtschaft werde bewußt den Ländern überlassen. Bei dem Entwurf handele es fich nur um

formale Erleichterungen, die Mietern und Vermietern zugute kommen.

Er erleichtere auch die allmähliche Wiederherftellung der normalen Verhältnisse, indem er den etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wiederherftellt. Es fei aber nun durchaus nicht mit einer Flut von Kündigungen zu rechnen, da das materielle Kündigungsrecht in keiner Weife erweitert worden fei. Der Minister erklärte, er habe zu der Vermieterschaft das Vertrauen, daß fie die neuen Beftimmungen nicht in einer die Mieter verbitternden Weife anwendet. Andererfeits würden die Mieterorganifationen ihre Mieter aufzuklären wiffen, um fie vor fchädlichen Wirkungen zu fchützen. An dem Ausbau der Fürforge werde weiter gearbeitet werden. Der Minister fchlug zum Schluß vor, die Vorlage nicht schon am 15. Februar, fondern erft am 1. April in Kraft treten zu laffen, da die Länder nicht in der Lage feien, die Ausführungsbeftimmungen rechtzeitig fertigzuftellen.

Die Bemühungen der Regierung, dem Entwurf eine harmlofe Deutung zu geben, blieben auf die Oppofition ohne Eindruck. Der Demokrat Bill riet, den Entwurf, der feibft bei den Interellen wenig Gegenliebe gefunden habe, zurückzuziehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung diefem Ratfchlag folgt oder vielleicht eine andere Formulierung des ftreitigen Paragraphen verfuht.

Die Reichshilfe für Ostpreußen.

Rabinettsrat zur Steuerung der Not im Osten.

II. Berlin, 8. Febr. Geftern vormittag trat unter dem Vorfich des Reichspräsidenten von Hindenburg ein Reichskabinettsrat zufammen, um fich über Hilfsmahnahmen für die Wirtschaft Ostpreußens zu beraten.

Amlich wird hierzu mitgeteilt: Mit Rückficht auf die durch die Friedensverträge gefchaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war in der unter dem Vorfich des Reichspräsidenten Ende Dezember vorigen Jahres abgehaltenen gemeinfamen Sitzung des Reichsministeriums und des preußifchen Staatsministeriums die Notwendigkeit von Hilfsmahnahmen für diefe Provinz grundsätzlch anerkannt worden. Ueber die Durchführung diefer Hilfsmahnahmen find in der Zwifchenzeit eingehende Beratungen unter den Refsorts und mit den Vertretern der ostpreußifchen Wirtschaft in Königsberg und Berlin gepflogen worden.

Das Ergebnis diefer Verhandlungen bildete geftern den Gegenftand erneuter gemeinfamlicher Beratungen der beiden Kabinette unter dem Vorfich des Reichspräsidenten. Dabei wurde ein volles Einverftändnis über die Hilfsaktion erzielt. Diefe zerfällt in ein System von einzelnen Mahnahmen, zu denen insbefondere auch die Erleichterung der Aufnahme einer größeren Anleihe gehört. Aus Mitteln des Reiches und Preußens wird für das laufende Jahr ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen, von denen 60 Millionen vom Reich und 15 Millionen von Preußen bereitgeftellt werden follen.

Die Wege, die zur Herbeiführung der Gefundung der ostpreußifchen Wirtschaft befchritten werden follen: die Eröffnung eines erftfälligen Realkredits zu günftigen Bedingungen, die Umwandlung der drückenden hohen Perfonal-fchulden der Landwirtschaft in einen langfristigen zweifeltfälligen Hypothekenkredit, befondere Kreditmahnahmen für Kleinbäuerliche Befizer, Pächter, Siedler und fo weiter, und weitere Mahnahmen zur Erhaltung des Befizes, fowie zur Stützung der ostpreußifchen Induftrie fanden allfeitige Billigung. Zur Senkung der öffentlichen Laften wird das Reich durch Entgegenkommen bei den Reichsteuern und andere

Entlastungsmahnahmen, Preußen durch Erleichterung der Schullaften und realen Steuern beitragen. Schließlich wurden die Vorfchläge für die in Ausführung der Kabinettsbefchliffe noch ausftehenden Verhandlungen im Laufe diefes Monats zum Abfchluffe gelangen werden. Hierbei handelt es fich vor allem um den Abfchluff der in dem amtlichen Bericht erwähnten größeren Anleihe, deren genaue Summe noch nicht feftfteht, fowie um die in Ausficht genommenen Erleichterungen im Güterverkehr zwifchen Ostpreußen und dem Reich. Was die Hilfe für die ostpreußifche Induftrie anbelangt, fo glaubt man auch hier insbefondere der in Ostpreußen viel verbreiteten Kleininduftrie, auf dem Wege der Kreditgewährung helfen zu können.

Was die Durchführung der Hilfsaktion anbelangt, fo find die Difpofitionen fo getroffen worden, daß ein Teil der Mahnahmen, insbefondere die Eröffnung des erftmaligen Realkredits, fojort in Kraft treten können. Auch darf man hoffen, daß die in Ausführung der Kabinettsbefchliffe noch ausftehenden Verhandlungen im Laufe diefes Monats zum Abfchluffe gelangen werden. Hierbei handelt es fich vor allem um den Abfchluff der in dem amtlichen Bericht erwähnten größeren Anleihe, deren genaue Summe noch nicht feftfteht, fowie um die in Ausficht genommenen Erleichterungen im Güterverkehr zwifchen Ostpreußen und dem Reich. Was die Hilfe für die ostpreußifche Induftrie anbelangt, fo glaubt man auch hier insbefondere der in Ostpreußen viel verbreiteten Kleininduftrie, auf dem Wege der Kreditgewährung helfen zu können.

Befprechungen Gröners mit den Parteiführern.

II. Berlin, 8. Febr. Der Reichswehrminister Gröner hatte geftern nachmittag im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Befprechungen, die der Vorbereitung der Beratung über den Reichswehretat im Haushaltsausfchuff dienten. Dabei spielte vor allem auch die Frage eine Rolle, ob und wie die Phöbus-Angelegenheit zur Erörterung gebracht werden foll. Wie verlautet, beabfichtigen die Sozialdemokraten nicht, auf die Befprechung der Phöbusangelegenheit zu verzichten, fo daß angenommen werden kann, daß auch diefe Angelegenheit bei der Debatte über den Wehretat im Haushaltsausfchuff am Donnerftag zur Sprache kommen wird.

Bezüglich des Liquidationfchädengesetzes ift noch keine Ausficht auf eine Einigung zwifchen den Regierungsparteien und der Regierung gefchaffen worden.

Tages-Spiegel

Der Reichstag begann geftern mit der zweiten Beratung des Entwurfes zur Änderung des Mieterschutzgefetzes.

Der neue Entwurf enthält eine Änderung des Pfändungsverfahrens, welche von der Linken ftark bekämpft wird.

Unter dem Vorfich des Reichspräsidenten hat geftern das Reichskabinet Ausführungsbeftimmungen zu Hilsmahnahmen für die nothleidende ostpreußifche Wirtschaft gefaßt.

In Brüssel vertritt man die Auffaffung, daß die Zahl der Dawes-Annullitäten nur im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der interalliierten Schulden feftgefetzt werden darf.

Mit einer kurzen und nichtfagenenden Thronrede wurde geftern die neue Tagung des englifchen Parlaments eröffnet.

In Rudolftadt, dem Sig des thüringifchen Landesfinanzamts, fand geftern eine Maffenkundgebung des thüringifchen Landbundes ftatt, zu der 35 000 Landwirte erschienen waren.

Rheinlandräumung und Reparationsfrage.

Der Standpunkt Belgiens.

II. Paris, 8. Febr. Ueber den belgifchen Standpunkt zur Rheinlandfrage berichtet der Brüsseler Sonderkorrespondent des „Temps“ feinem Blatte, daß man in Regierungsfreifen eine große Zurückhaltung gegenüber den letzten Reden des Reichsauswärtigenminifters Dr. Stresemann und des franzöfifchen Außenminifters Briand beachte. In politifchen Kreifen erkenne man an, daß Dr. Stresemann mit Geftick feine „Mandöver“ zugunften einer vorzeitigen Rheinlandräumung entwickele und man unterftreiche, daß er das Prinzip von Gegenleistungen annehme, die im Laufe etwaiger Unterhaltungen näher feftzufeßen feien. Andererfeits billige man, daß Briand den wahren Charakter der Rheinlandbefetzung erläutere habe, die nur gegen gleichwertige und greifbare Gegenleistungen vor der Zeit aufgehoben werden könne. Was die Sicherheitsfrage anlangt, gebe man in Brüssel zu, daß die Locarnoverträge für Belgien eine wertvolle Garantie darftellen. Auf alle Fälle müffe auf eine wirkfame und ftändige Art der Kontrolle das Investigationsrecht in der entmilitariften Rheinlandzone durch den Völkerbund organifziert werden.

Was die Reparationen anlangt, fo unterftreichen die belgifchen Sachverftändigen, daß die bisherige Erfahrung des Dawesplanes keinen Schluß zulaffe, da für die vier erften Annuitäten das Reich ein teilweifes Moratorium genieße. Man müffe darum die Mobilifierung eines Teiles der deut-fchen Schuld ins Auge faffen. In gewiffen belgifchen Kreifen fcheine man diefe Mobilifierung nicht mehr günftig und der Anfehung zu fehn, daß das Annuitätensystem vorzuziehen ift, da es fich über eine Generation erftreckt, um mit den durch den Krieg verwüfteten Staaten das Werk der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung zu vollenden.

Der Tätigkeitsbericht der Saarregierung.

Neuwahlen zum Landesrat am 25. März.

II. Genf, 8. Febr. Das Völkerbundfekretariat veröffentlicht den üblichen Tätigkeitsbericht der Saarregierung für das letzte Vierteljahr 1927. Bei der Darftellung der wirtschaftlichen und fozialen Lage im Saargebiet weist der Bericht auf die laufenden deutsch-franzöfifchen Zollverhandlungen im Saargebiet hin und befchäftigt fich fodann mit der fchwierigen Lage der Kohlengruben im Saargebiet, deren Gefamtproduktion im Jahre 1927 um rund 228 000 Tonnen weniger betrage als 1926. Zur politifchen Lage weist der Bericht lediglih auf die zwei Tagungen des Landesrates hin, auf denen eine Reihe von laufenden Angelegenheiten behandelt worden fei. Das Mandat der Mitglieder des Landesrates fei mit dem 31. Dezember 1927 abgelaufen. Die Wahlen für den neuen Landesrat wurden auf den 25. März 1928 feftgefetzt. Zum Schluß behandelt der Bericht in einer kurzen Zufammenfafung die adminiftrativen Mahnahmen der Saarregierung.

Denkschrift d. Reichsverkehrsministeriums

Der lange und zeitweise sehr erbitterte Kampf zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr scheint endlich das Ende zu nehmen, das man ihm schon lange gewünscht hat. Das Reichsverkehrsministerium gibt jetzt eine Denkschrift heraus, aus der sich mancherlei höchst interessante Einzelheiten über den Verlauf des Kampfes zwischen Reichsbahn und Reichspost-Kraftwagenverkehr einerseits und diesen beiden Instanzen und den privaten Kraftverkehrs-Gesellschaften andererseits und schließlich auch die erfreuliche Tatsache des bevorstehenden Friedensschlusses zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr entnehmen läßt.

Außerordentlich bezeichnend für das Problem des amtlichen Kraftverkehrs an sich ist die Tatsache, daß die Reichspost mit ihren 2600 Autobussen nicht mehr Personen befördert hat, als die verschiedenen privaten Kraftverkehrs-Gesellschaften mit zusammen rund 800 Autobussen. Die Passagierzahl belief sich bei beiden im ersten Halbjahr 1927 auf rund 21 Millionen Personen. Die Reichspost darf insofern Nachsicht beanspruchen, als sie gezwungen ist, zahlreiche unrentable Linien zu befahren, ein Zwang, der für sie aus ihrer Stellung als Monopolinstitut resultiert. Andererseits aber ist zu bedenken, daß Jahre lang zahllose Anträge von Gesellschaften auf Genehmigung neuer Kraftfahrpläne abschlägig beschieden wurden, und zwar lediglich weil über die Leistungsfähigkeit des neuen Verkehrsmittels erst Erfahrungen gesammelt werden mußten.

Eine ähnlich ablehnende Haltung nahm die Reichsbahn ein, die solange sich gegen Zusammenarbeit mit der neuen Konkurrenz wehrte, bis sich herausstellte, daß gegenwärtig nicht weniger als rund 250 Millionen Mark jährlich dem Kraftverkehr zuzuführen, die bei seinem Fehlen der Reichsbahn zugute kommen würden. Man ist sich längst darüber klar geworden, daß der Kraftverkehr geradezu ideale Dienste als Zubringer auf Strecken leisten kann, für die sich die kostspielige Anlage von Bahnkörpern und Bahnhöfen nicht rentieren würde. Erst jetzt ist man bei der Reichsbahn daran gegangen, mit den großen Kraftverkehrs-Gesellschaften Vereinbarungen zu treffen, die darauf hinauslaufen, in Fällen wo man ehemals Kleinbahnen und Kraftfahrpläne ein kümmerliches Dasein nebeneinander führen ließ, eine in Zukunft gesunde Kraftfahrpläne zu betreiben, was wahrscheinlich beiden Seiten in hohem Maße zugute kommen wird.

Notwendig ist allerdings, daß dann so rasch wie möglich und so gründlich wie möglich die deutschen Landstraßen auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden. Die Zeit, wo man von den deutschen Landstraßen als von den besten der Welt sprechen durfte, sind vorüber. Stammen sie doch fast sämtlich aus einer Zeit, wo kein Mensch sich träumen ließ, daß jemals hundertpferdige Lastkraftwagen sie befahren würden.

Aus dem Saargebiet

Die saarländischen Sozialisten verlangen sofortige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich.

Ul. Saarbrücken, 7. Febr. Auf dem am Sonntag hier tagenden Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie wurde eine Entschließung angenommen, in der als die einzige Möglichkeit einer Lösung der großen Schwierigkeiten, die besonders hart die deutsche Arbeiterchaft an der Saar treffen, nur die baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich erblickt wird.

Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Frankreich

Ul. Paris, 7. Febr. Die nun veröffentlichte französische Ein- und Ausfuhrstatistik für das Jahr 1927 weist für Deutschland die betrüblichsten Ergebnisse auf. Die Einfuhr nach Frankreich betrug im Monat Dezember 382 081 000 Fr., was gegenüber dem Dezember 1926 eine Verminderung um 165 240 000 Franken bedeutet. Für das ganze Jahr 1927 weist die deutsche Einfuhr nach Frankreich einen Betrag von 4 213 290 000 Fr. auf, was gegenüber dem Jahre 1926 einen Unterschied zu Ungunsten Deutschlands um 755 926 000 Fr. bedeutet. Die Hoffnungen, die man an das Anfang Septembris ins Leben getretene deutsch-französische Handelsabkommen knüpfte, erfüllten sich demnach in keiner Weise für Deutschland. Um so mehr dagegen für Frankreich, denn die Ausfuhr aus Frankreich nach Deutschland erreichte im Dezember 1927 einen Wert von 635 877 000 Fr., was eine Vermehrung um 101 448 000 Fr. bedeutet. Die französische Ausfuhr nach Deutschland erreichte im Jahre 1927 den Wert von 4 475 048 000 Fr., was eine Vermehrung gegenüber 1926 um 2 023 267 000 Fr. bedeutet. Absolut und relativ wird demnach Deutschland von Frankreich in der Handelsbilanz geschlagen. Das Handelsabkommen hat praktisch bloß einen Wert für Frankreich.

Estland wünscht einen Handelsvertrag mit Deutschland

Ul. Dorpat, 8. Febr. Wie das Blatt „Postimees“ meldet, erwartet man in estländischen politischen Kreisen in aller nächster Zeit eine deutsche Antwort auf das Memorandum der estländischen Regierung über den Abschluß eines deutsch-estländischen Handelsvertrags. Das Blatt hofft, daß die Schwierigkeiten, die sich dem Beginn der Handelsvertragsverhandlungen entgegenstellten, nun aus dem Wege zu räumen sein werden. Estland sei an einem Handelsvertrag mit Deutschland sehr interessiert, da der größte Teil seines umfangreichen Vollerports von Deutschland aufgenommen wird.

Die Haupt Schwierigkeit, die den Beginn der deutsch-estländischen Wirtschaftsverhandlungen verzögerte, liegt in der

allen eigentumsrechtlichen Begriffen widersprechenden Enteignung des deutschen Grundbesitzes durch die estländische Agrarreform. Die estländische Regierung hat sich bis heute nicht dazu entschließen können, den enteigneten deutschen Grundbesitzern eine auch nur einigermaßen entsprechende Entschädigung für ihren Verlust zu gewähren. Die estländische Regierung trägt sich gegenwärtig mit dem Plan, Deutschland bei den Verhandlungen über den Abschluß des Wirtschaftsvertrags dazu zu veranlassen, die Entschädigungsansprüche für seine in Estland enteigneten Staatsangehörigen auf das Maß der schwedischen bzw. italienischen Ansprüche herabzusetzen.

Gegen die Bergewalligung Südtirols

Aufruf der katholischen Organisation Tirols an die Katholiken der ganzen Welt.

Ul. Innsbruck, 7. Febr. Ein Aufruf der katholischen Organisationen Tirols an die Katholiken der ganzen Welt ist an sämtliche katholische Organisationen in Oesterreich und Deutschland hinausgegangen. In diesem Aufruf heißt es u. a.: „Ein einziger Beschrei hallt über das ganze unglaubliche Land, aber er darf nicht laut werden, denn schon harren Kerker und Ketten derer, die für das heiligste aller Rechte die Stimme erheben wollen. Der Vater der Christenheit hat im entrechteten Südtirol den Religionsunterricht in der Muttersprache gewährleistet. Die Katholiken Oesterreichs und Deutschlands sind am nächsten und tiefsten mitbetroffen durch dieses unerhörte Unrecht, das man an unseren Stammesbrüdern begehen will. An sie wenden sich in ihrer bittersten Not die Katholiken. Nordtirol steht als erster auf zu flammendem Protest gegen das Unrecht, das nicht nur euren Stammesbrüdern, sondern der Kirche Gottes selbst angetan wird.“

Die Italiener stellen 205 300 Deutsche in Südtirol fest.

Ul. Rom, 7. Febr. Die „Giornale d'Italia“ läßt sich aus Bozen melden, daß nach der am 31. Dezember 1927 in Südtirol stattgefundenen Volkszählung 253 000 Einwohner gezählt wurden, von denen 47 000 Italiener und 205 300 Deutsche sind.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

Polens Antwort an Litauen.

Ul. Warschau, 7. Febr. Wie der Warschauer Korrespondent der Tel. Union erfährt, soll die beabsichtigte polnische Note an Litauen, deren Ueberreichung bereits vor einiger Zeit angekindigt wurde, erst kurz vor Beginn der Märztagung des Völkerbundes erfolgen und zwar um Wolbomaras möglichst wenig Zeit für eine Antwort zu lassen. Von polnischer Seite will man nach dem Mißerfolg der letzten Note die polnisch-litauischen Verhandlungen wieder auf das Genfer Terrain verlegen, um dort mit Hilfe der Westmächte und unter dem Einfluß des Völkerbundesrates einen unmittelbaren Druck auf Litauen ausüben zu können. Aus diesem Grunde soll die polnische Note sehr kurz gehalten werden und die wichtigsten der von Wolbomaras berührten Fragen vollständig mit Schweigen übergehen. Die seitens der polnischen Regierung verfolgte Taktik geht ferner nach wie vor darauf aus, nur wirtschaftliche Momente in den Vordergrund zu schieben, um auf diese Weise unausgesprochen eine Anerkennung des gegenwärtigen status quo durch Litauen zu gewinnen. Aus diesem Grunde wird die Note in verständlichem Ton gehalten sein und Schärfen vermeiden.

Parlamentseröffnung in London

Ul. London, 7. Febr. In London erwartet man von der heutigen Thronrede, die anlässlich der Eröffnung der vierten Parlamentssession gehalten wird, keine Ueberraschung. Die ebenfalls vor den Wahlen stehende englische Regierung wird ihr gesetzgeberisches Programm so stark wie möglich beschneiden; sie wird ihre 4. Session schon zu Sommeranfang schließen und die letzte Session im November eröffnen. Im Juni 1929 dürften die Neuwahlen stattfinden. Die Arbeiterpartei wird sich in ihrer Kritik darauf beschränken, von neuem die Nichtratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens zur Sprache zu bringen. Die Außenpolitik wird in der neuen Parlamentssession im bisherigen Rahmen geführt werden.

Der französisch-amerikanische

Schiedsgerichtsvertrag

Ul. Paris, 7. Febr. Den gestern erfolgten Abschluß des neuen französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages nimmt der Leitartikel des „Temps“ zum Ausgangspunkt von Ausführungen, über die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten. Das Blatt kommt auf den „traditionellen Geist gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden großen Demokratien“ zu sprechen, der den Plan eines zweiseitigen französisch-amerikanischen Antikriegspaktes rechtfertigt. Anders sei es dagegen bei einer Ausdehnung des Briand'schen Vorschlages auf einen allen Nationen offenen mehrseitigen Pakt. Der „Temps“ sieht in der Unterzeichnung des Schiedsgerichtsvertrages eine glückliche Etappe in den Beziehungen der beiden Völker. Was gegenwärtig die Politik der Washingtoner Regierung kennzeichne, seien die Bemühungen Coolidges und Kelloggs, auf dem Gebiete der Friedensorganisation, dieselben Resultate zu erzielen. Diese parallel mit der Völkerbundarbeit geführte Aktion würde eine für den Geist der Entspannung und Verständigung günstige Atmosphäre schaffen, und die Vereinigten Staaten an den internationalen Fragen interessieren, an denen sie anscheinend nach dem Kriege keinen Anteil mehr nehmen wollten.

Auf den amerikanischen Vorschlag zur Abschaffung der U-Bootwaffe übergehend, macht der „Temps“ keine Vorbehalte. Man dürfe nicht vergessen, daß das U-Boot die ein-

zige wirksame Desensivwaffe sei, über die die Nationen verfügten, die große Küstengrenzen zu verteidigen hätten und sich nicht den Zugunsten erlauben könnten, große Ueberwasserflotten zu unterhalten. Das Blatt sieht in der Anregung der Vereinigten Staaten den Versuch, das Risiko der Dreierkonferenz zur Seeabrüstung wieder weitzumachen.

Aus den Parteien

Die Volkspartei für die Kleinrentner.

Vergangene Woche trat der Geschäftsführende Landesauschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg in Stuttgart zu einer Sitzung zusammen. Der Landesvorsitzende, Schultheiß Rath, M. d. L., gab einleitend einen Ueberblick über die politische Lage im Lande und begründete das Verhalten der volksparteilichen Gruppe bei den jüngsten Vorgängen im Landtag, das einmütige Billigung fand. Reichstagsabg. Wides berichtete über die politische Lage im Reich, die baldige Reichstagswahlen als wahrscheinlich erscheinen lassen. Im Anschluß wurden die mit den Landtagswahlen zusammenhängenden organisatorischen Fragen eingehend erörtert. Zu Gunsten der Kleinrentner wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: Der Landesauschuß bittet die Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Verabschiedung des Rentnerversorgungsgesetzes nicht mehr länger hinausgeschoben werden wird. Der jetzige Reichstag darf nicht auseinandergehen, ohne seiner Pflicht gegenüber den durch die Inflation so schwer geschädigten Teilen des deutschen Volkes genügt zu haben.“

Württ. Landtag

Im Landtag wurde die Beratung des Kuttetats fortgesetzt. Abg. Dr. v. Sieber (Dem.) sprach sich gegen eine räumliche Zusammenlegung aller Staatsbehörden aus und erklärte, daß seine Partei den Kirchen die in den Etat eingeschätzten Mittel gerne, aber mit dem Vorbehalt gewähre, daß daraus keine rechtlichen Folgerungen gezogen werden. Er besprach dann das Reichsschulgesetz, auf dessen Schicksal der württ. Landtag keinen Einfluß habe. Es sei sehr kurzfristig, wenn sich evangelische Kreise so stark für den Reubellischen Entwurf einsetzen. Die Schulorganisation könne niemals allein auf dem Elternrecht aufgebaut werden. Es wäre zu begrüßen, wenn die Regelung des Religionsunterrichts im württ. Kirchengesetz von 1924 in das Reichsschulgesetz hineinkäme. In der Frage des 8. Schuljahres habe man in Württemberg in den letzten Monaten eine Tragik erlebt. In dieser Frage marschierte Württemberg mit seinen zahlreichen Dispensationen am Schwanz von ganz Deutschland. Geschädigt seien vor allem die Kinder, die ohne 8. Schuljahr fast keine Lehrstellen mehr bekommen. Kultminister Dr. Wazille erwiderte, in urteilsfähigen Kreisen Deutschlands sei Württemberg keineswegs zum Gespött geworden. Er habe Beweise dafür, daß von außen her versucht werde, das Verhältnis zwischen Kultminister und Lehrern zu trüben. In unwahrster Weise werde gegen ihn geseht. Bei der Besetzung von Volksschullehrerposten seien für ihn stets nur sachliche Gründe maßgebend gewesen. Viele Länder hätten gesagt, daß sie das 8. Schuljahr nicht mehr einführen würden, wenn sie es nicht schon hätten. Es sei eine Auszeichnung für Württemberg, wenn es den Mut aufgebrachte habe, auf die wirtschaftliche Not Rücksicht zu nehmen. Bei einer Volksabstimmung würden sicher zwei Drittel des Volkes für die Hinauschiebung des 8. Schuljahres stimmen. Schließlich erklärte der Minister noch auf eine Anfrage des Abg. Sieber, daß von einer Konfessionsverhandlungen in Württemberg keine Rede sei. Die einzigen Verhandlungen mit der Kurie hätten sich auf die letzte Bischofswahl bezogen und seitdem sei nichts mehr geschehen. Württemberg habe nur an Baden und Hessen ein Schreiben wegen gemeinsamer Behandlung der alten päpstlichen Bullen gerichtet. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Becker (Komm.) und Hartmann (D.V.) wurde die Weiterberatung vertagt.

Antworten auf kleine Anfragen.

StW. Stuttgart, 7. Febr. Auf eine Anfrage des Bauernbunds hat die Regierung im Landtag geantwortet, daß das Verfahren, Steuerrückstände im Betrag bis zu 1000 M durch Postnachnahme einzuziehen, auf einer für das ganze Reichsgebiet erlassenen Anordnung des Reichsfinanzministers beruht. Der württembergische Finanzminister verspricht sich nach einer ihm vom Landesfinanzamt gemachten Mitteilung über diese Angelegenheit von einer Vorstellung gegen die Anordnung des Reichsfinanzministers keinen Erfolg. — Auf eine Anfrage des Zentrums und des Bauernbunds betr. die Einkommensteuerveranlagung erklärte sich die Regierung grundsätzlich bereit, dafür einzutreten, daß bei dem Verfahren bezüglich der Festsetzung und Handhabung der Rahmenhöhe für Einkommen- und Umsatsteuer die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden und der einzelnen Betriebe ausreichend berücksichtigt werden. — Auf eine Zentrumsanfrage betr. die Weiterführung des Baus der Nebenbahn Vöhrach-Attenweiler wurde geantwortet, daß die Regierung jede Gelegenheit wahrnehmen wird, um durch Schritte bei der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Bauarbeiten an dieser Nebenbahn wie an den übrigen früher begonnenen Nebenbahnen in Gang zu bringen.

Schwerhörige

erprobt unsern neuesten Hörapparat mit regulierbarer Lautstärke. Aerztlich empfohlen. Mässige Preise. Erleichterte Zahlungsbedingungen. Vorführung am Freitag, den 10. Febr. von 8-11 Uhr im Hotel Waldhorn in Calw.

Deutsche Oiphone Comp. G. m. b. H.
Frankfurt a/M
Gegründet 1910.

Aus Württemberg

Luftverkehrsfragen.

Direktor Milch von der Deutschen Luftkassa in Berlin, der kürzlich die Flughafenanlagen in Böblingen einer eingehenden Prüfung unterzieht, benützte diese Gelegenheit, um sich vor den Vertretern der Presse im Sitzungssaal der Presse über aktuelle Luftverkehrsfragen auszusprechen. Nach Begrüßungsworten von Ministerialrat Staiger vom Württ. Wirtschaftsministerium sprach sich Direktor Milch zunächst über seine Eindrücke in Böblingen aus, wobei er seinem Erstaunen Ausdruck gab, was in der letzten Zeit alles in Böblingen geschaffen worden war. Das neue Verwaltungsgebäude ist fertig, bezogen und dem Streckenverkehr übergeben. Besonders erfreulich sei der Stand des Jungsteigerhorstes. Sehr erfreut sei er auch über die Werk der Deutschen Luftkassa in Böblingen. Sämtliche Einrichtungen seien zweckentsprechend und gut. Er habe den Eindruck gewonnen, daß in Böblingen mit Fleiß und großem Verständnis gearbeitet werde. Sodann ging Direktor Milch auf einige Fragen des deutschen Luftverkehrs vom Standpunkt der Praxis und der Technik aus ein. Er schilderte zunächst die heutigen Verkehrsaufgaben für den Luftverkehr, besprach den derzeitigen Normalverkehr bis zu 500 Kilometern und europäischen Schnellverkehr bis zu ca. 1000 Kilometern und den internationalen Großverkehr und ging dann in seinen weiteren Ausführungen vor allem auf technische Fragen ein. Die Fragen des Höhenfluges und des Spaltfluges sind Probleme, die für die weitere Entwicklung des Luftverkehrs ausschlaggebend sind. Auch in Deutschland geht die Entwicklung luftgekühlter Motoren rasch vorwärts. Schon in diesem Jahr werden luftgekühlte Motoren von 450 PS-Stärke in größerer Zahl im Luftverkehr eingesetzt. Die Entwicklung der Luftschrauben geht immer mehr auf die Verwendung von Metall-Luftschrauben hin. Die Entwicklung des Nachfluges und die Notwendigkeit, bei schlechtem Wetter zu fliegen und zu landen, bringen dem Instrumentenwesen neue Aufgaben. Für die Navigation, für die Motor- und Flugzeug-Überwachung und für den Nachrichtenendienst. Es wird eine Normalisierung dieser Ausrüstung angestrebt. Um auf den heutigen Strecken mit der Eisenbahn konkurrieren zu können, ist der Uebergang zum Nachtverkehr notwendig. In das gleiche Kapitel fällt die Unabhängigkeit vom Wetter, sie ist in erster Linie eine Frage der Instrumentierung. Um alle diese Arbeiten durchzuführen, sind besondere Mittel nötig. Der Luftverkehr ist heute in Europa noch nicht eigenwirtschaftlich. Zu den Einnahmen aus Post, Passagieren und Fracht treten in allen Ländern Streckenbeiträge der öffentlichen Hand (Subventionen). Von ganz besonderer Wichtigkeit sind hierbei Sicherstellung der Subventionen auf 7-10 Jahre, wie in England, Frankreich, Italien, Holland, Japan, wodurch bessere Dispositionen und ruhige Materialentwicklung erreicht wird. Das deutsche System erschwert jede wirtschaftliche Voraussicht. Heute, Anfang Februar, ist beispielsweise der Etat von 1928/29 vom Reichstag noch nicht genehmigt und somit keinerlei wirtschaftliche Sicherheit für die Verwendungsmöglichkeiten von Material und Personal gegeben. Wesentlich für die Wirtschaftlichkeit in dem Luftverkehrsbetriebe ist ferner die Einarbeitung des Bedienungspersonals und die Vertrautheit mit dem verwendeten Material. Hierzu tragen wesentlich die eigenen Reparaturwerkstätten bei. Die vom internationalen Standpunkt aus geforderte gute Stellung des deutschen Luftverkehrs ist neben der großen Hilfe des Reiches insbesondere auch den deutschen Ländern und den deutschen Großstädten, der Presse und der gesamten Bevölkerung zu verdanken, die in selbstloser Weise rechtzeitig den Wert des neuen Verkehrsmittels erfasst und durch fortlaufende Gewährung von Mitteln und sonstiger Unterstützung maßgeblich gefördert haben, kaum in einem zweiten Lande wie in Deutschland hat daher der Gedanke der friedlichen Handels-Luftfahrt so stark Wurzel schlagen können. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Früchte in absehbarer Zeit der Arbeit folgen werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 8. Februar 1928

Sieben magere Jahre der Sieblungsbewegung.

ep. Die Sieblungstätigkeit des Reiches hat bis jetzt leider nur sehr bescheidene Erfolge erzielt, obwohl der jährliche Kostenaufwand der Sieblungsbürokratie nicht weniger als 15 Millionen beträgt. Das Stat. Reichsamt hat kürzlich eine Uebersicht über die auf Grund des Reichs-Sieblungsgesetzes in den 7 Jahren 1919-1925 geschaffenen Sieblungen gegeben. Darnach beträgt die bestedete De- und Moorlandfläche insgesamt 13240 Hektar. Es sind in den letzten sieben Jahren auf Neuland durchschnittlich 200 Stelen jährlich geschaffen worden, davon durchschnittlich 120 mit einem die Selbständigkeit garantierenden Landbesitz. Die auf altem Kulturland neubesiedelte Fläche beträgt

133 500 Hektar. 15 350 Neusiedler, also rund 2200 jährlich, wurden angelegt. Etwa 9000 Neusiedler haben jedoch so geringe Ländereien bekommen, daß sie nicht als häuerlicher Zuwachs gewertet werden können. Der Jahreszuwachs des neuen Bauerntums beziffert sich auf etwa rund 5000 Köpfe, für ein 60 Millionen Volk gewiß eine recht bescheidene Zahl. Umfangreich ist die Tätigkeit auf dem Gebiet der Auslieferung. Es wurden 45 000 Kleinbetrieben 52 000 Hektar Land als Eigentum zugelegt. Die Statistik sagt jedoch nicht, in wie viel Fällen durch die Landbereicherung aus Kleinbetrieben selbständige Bauernwirtschaften geworden sind. Daß gegenwärtig die Abwanderung aus dem Lande die geringen Sieblungserfolge weit in den Schatten stellt, zeigt ein dem preussischen Landtag zugegangener Ausschußbericht über das landwirtschaftliche Sieblungswesen. Darnach sind von 1919-1925 aus Ostpreußen 158 000 Menschen abgewandert, und zwar Landarbeiter, die wegen ungenügender Entlohnung oder Unterbringungsbedingungen ihre Stellung aufgaben. Als wesentliches Hindernis der Sieblungsbewegung wurde die Abneigung der Siebler hingestellt, primitiv anzufangen. Wenn nicht bald ganz energische Maßnahmen zur Förderung der Sieblungsbewegung ergriffen werden, so wird angesichts des ständigen Abzugs der Landbevölkerung in die Städte bei uns in Wäldern dieselbe Erscheinung zu beobachten sein wie in Frankreich, wo die Betreibeanbaufläche zwischen 1890 und 1923 von über 7 Millionen Hektar auf 5,2 (nach anderen Schätzungen 4) Millionen Hektar zurückgegangen ist. Die Verbündung weltlicher Landstriche macht hier rasende Fortschritte. Das Brachland ist fast auf die Höhe von 5 Millionen Hektar gestiegen.

Jagdverpackungen.

In den letzten Tagen fanden im Bezirk verschiedene Neuerpackungen von Gemeindefajden statt, die alle eine bedeutende Erhöhung der seitler erzielten Fajdsummen brachten. An der Spitze marschiert Neuweltler, wo seitler jährlich 340 M. jezt aber 1700 M. geboten wurden; Zuzschlag steht noch aus. Dann folgt Nöthenbach mit 1200 M. gegen seitler 400 M. und Breitenberg mit 600 M. gegen 300 M. Der Mehrerlös wird diesen Gemeinden sehr zufließen kommen.

Körperschafts- und Gemeindebeamten-Versammlung in Nagold.

Am Samstag fand in der „Traube“ in Nagold eine Versammlung der Körperschafts- und Gemeindebeamten statt. Neben vielen Beamten aus dem Nagolder Bezirk waren zahlreiche Körperschaftsbeamte aus den Bezirken Nagold, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb und Neuenbürg vertreten. Der Mittelpunkt der Versammlung, die von Stadtschultheiß Mater-Nagold herzlich begrüßt und geleitet wurde, bildeten zwei Vorträge und zwar sprach Verwaltungsdirektor Schmid vom Württ. Gemeindetag über das Grund- und Gewerbesteuerermessungsgesetz und Oberrechnungsrat Einsel über die Neue Besoldungsordnung der Beamten und die hierüber vorliegenden Entwürfe. An die Vorträge schloß sich dann eine Aussprache an.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Westlicher Hochdruck hat Aufklärung gebracht. Im Norden liegen aber immer noch Depressionen, die nicht ohne Einfluß bleiben werden, so daß für Donnerstag und Freitag unbeständiges, zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten ist.

SW. Pforzheim, 7. Febr. Am Sonntag fuhr der Arzt von Tiefenbrunn, Dr. Volch, wie schon oft auf die Jagd. Seinem Chauffeur sagte Dr. Volch, er solle ihn nach zwei Stunden von dem Punkt, wo er hingefahren wurde, abholen. Zur festgesetzten Zeit war das Auto auch dort. Aber auf keine Hupenzeichen erfolgte keine Antwort. Die Gendarmerie suchte, wie der „Pforzh. Anz.“ berichtet, nach 11 Uhr mit einigen Leuten nach dem Vermissten, konnten ihn aber in der Dunkelheit nicht finden. Sobald es wieder Tag geworden war, veranstaltete die Gendarmerie mit 30 Leuten eine neue Streife, wobei man Dr. Volch in der Nähe eines Weges auf seinem Jagdgebiet tot fand. Der Tod war aufgetrieben, durch Wunde und Hemd war ein Schrottschuß aus dem eigenen Jagdgewehr in die Herzgegend gegangen. Dr. Volch war 40 Jahre alt und erst seit kurzer Zeit verheiratet.

SW. Stuttgart, 7. Febr. Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Renten der Standesherrn wird in dieser Woche im Reichsrat beraten werden. Ueber die Wünsche der Länder verlautet, wie die Frankfurter Ztg. meldet, daß Württemberg die für Hofrenten vorgeschlagenen Bestimmungen auf die Renten, die sich aus dem Reichsdeputationsauschuß 1803 herleiten, ausdehnen will. Diese Renten umfassen nicht nur ehemalige Reichsfürsten, sondern in erster Linie kleine Reichsunmittelbare, die nicht die Landeshoheit innehatten.

SW. Ludwigsburg, 7. Febr. Gestern hantierte ein etwa 35 Jahre alter Mann der Vorstadt Ohweil mit einem Gewehr, das er zum Spazierschießen verwendete. Durch irgend einen Umstand, vermutlich eine Ladestörung, verfaßte

einmal das Gewehr, so daß es der Spaziergegner einer genaueren Untersuchung unterzog. Zu dem Zwecke stellte er es auf den Boden und sah in das Laufrohr. Gerade in diesem Augenblick krachte ein Schuß — das Gewehr war losgegangen. Ein Teil der Ladung ging dem Mann ins Gesicht und verletzte ihn an einem Auge schwer. Er wurde sogleich ins Bezirkskrankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen.

SW. Vom Bodensee, 7. Febr. Durch einen Pullover kam die Konstanzener Kriminalpolizei auf die Spur eines i. J. 1926 in einem hiesigen Fabrikationsgeschäft ausgeführten Diebstahles. Ein Kriminalbeamter erkannte einen von einer jungen Frau getragenen Pullover als einen von denjenigen wieder, die jzt. gestohlen worden waren. Die Vernehmung der Frau führte zur Festnahme ihres Schwagers, des Fabrikarbeiters Auer, in dessen Wohnung bei einer Durchsuchung eine Anzahl Einbruchswerkzeuge, ja sogar ein ganzes Warenlager von Herrenanzügen, Bett- und Weißwäsche, die aus einem Einbruch in ein Weißwarengeschäft herrührten, sowie wertvolle Kamelhaar- und Wollbettedecken, Bettvorlagen, Damenkleiderstoffe und auch eine goldene Herrentaschenuhr gefunden wurden. Damit finden eine ganze Reihe von Diebstählen, die bis 1925 zurückreichen, ihre Aufklärung. Auch die Frau des Auer wurde verhaftet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	169,05
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	80,71

Börsenberichte.

SW. Stuttgart, 7. Febr. Die Börse lag heute etwas fester, aber es gab nur wenig Kursaufbesserungen.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

R. G. Berliner Produktenbörse vom 7. Februar.

Weizen märk. 225-228; Gerste 220-270; Hafer märk. 201-212; Mais prompt Berlin 216-219; Weizenmehl 23,50 bis 22,75; Roggenmehl 29,50-33; Weizenkleie 15,25-15,30; Roggenkleie 15,25; Raps 345-350; Viktoriaerbsen 48-55; Kleine Speiseerbsen 32-35; Futtererbsen 21-22; Pelusiken 20-21; Ackerbohnen 20-21; Wicken 21-23; blaue Lupinen 14-14,75; gelbe 15,50-16; Seradella 21-24; Rapskuchen 19,75-19,90; Reinkuchen 22-22,20; Trodenkuchel 12,90 bis 13; Sojabohnen 21-21,60; Kartoffelsprossen 24-24,60 M. All-gemeine Tendenz: matt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 28 Ochsen (unverkauft 2), 23 Bullen, 278 (23) Jungbullen, 278 (25) Jungriinder, 145 (25) Kühe, 788 Kälber, 2200 (120) Schweine, 1 Schaf, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 54-59 (letzte Markt -); b 46-52 (-); c 39-44 (-); Bullen a 50-52 (49-51); b 46 bis 49 (44-47); c 42-46 (-); Jungriinder a 59-61 (57-60); b 50-56 (unv.); c 42-48 (unv.); Kühe a 40-46 (-); b 30 bis 37 (29-30); c 20-38 (unv.); d 14-18 (unv.); Kälber b 80-83 (78-82); c 70-78 (67-76); d 60-67 (58-65); Schweine a, fette über 300 Pfd. 62-63 (61-63); b, vollfleischige von 240-300 Pfd. 63-68 (61-63); c, von 200-240 Pfd. 60-67 (unv.); d, von 160-200 Pfd. 58-59 (unv.); e, fleischige vor 120-160 Pfund 55-57 (56-57); Sauen 42-52 (unv.) M.; Marktverlauf: Großvieh ruhig, Ueberstand; Kühe belebt; Schweine mäßig belebt.

Viehpreise.

Gmünd: Farren 295-505, Stiere 380-520, Kühe 290 bis 600, Rinder 185-620 M. — Kirchheim u. T.: Farren 400 bis 1050, Ochsen und Stiere 420-940, Kühe 200-930, Kalbku 470-950, Schmalvieh 220-470 M. — Oberfontheim: Kühe 350-700, Jungriinder 150-480 M. — Oberndorf a. N.: ein Paar Schlachtochsen 1300-1500, Jungtiere 900-1150 b. P., trachtige Kühe und Kalbinnen 400-650, jährige Rinder 280 bis 340, halbjährige 200-230 M.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 17-26 M. — Bopfingen: Käufer 30-55, Saugschweine 10-20 M. — Ellwangen: Milchschweine 30-45, Käufer 40-50 M. — Herrenberg: Milchschweine 17-28, Käufer 32-35 M. — Ravensburg: Ferkel 16-24, Käufer 30-50 M. — Saulgau: Ferkel 23-27, Käufer bis 87 M.

Fruchtpreise.

Balingen: Haber 10,50 M. — Ellwangen: Weizen 14, Roggen 13,50-14,50, Gerste 13,40-13,70, Hafer 10,40 bis 10,50 M. — Nagold: Weizen 13-13,50, Gerste 12,50, Haber 10 M. — Ravensburg: Weizen 10,25-10,50, Weizen 13,50 bis 13,75, Roggen 12-12,30, Gerste 12,50, Haber 11,65-12, Saathaber 12,75 M. — Reutlingen: Weizen 14-15, Dinkel 8,50 bis 11, Gerste 11,20-13,50, Haber 11-13 M. —

Bergebung von Bauarbeiten.

Für Erbauung eines Wohnhauses in Oberkollbach erbege ich die

Grad-, Maurer-, Gipfer-, Stalqner-, Schreiner-, Staler- und Schlosserarbeiten, sowie die Materialbeifuhr.

Die Unterlagen dazu liegen bei Fräulein Eva Maria Hahn in Oberkollbach auf, wo auch die Angebote bis 18. Februar abzugeben sind. Zuschlag vorbehalten.

Oberlehrer Grieb, Nagold.

Ausverkauf

Gewähre auf meine sämtlichen Textil-

waren vom 8.-10. dieses Monats

10 Prozent Rabatt

Fr. Volz

Oberkollbach.

Lehrlings-Gesuch.

Suche bis Frühjahr einen ordentlichen, kräftigen

Jungen

welcher Lust hat, die

Schreinerei

gründlich zu erlernen.

Christian Stihel,

Möbelschreinerei

Nagold.

Serva-Kaffee



beste Mischungen, stets frisch gebrannt

Carl Serva, Calw

Fernsprecher Nr. 120.

Ämtliche Bekanntmachungen. Ostelsheim.



Laubstammholz-Verkauf.

Am Montag, den 19. ds. Mts., werden aus dem hiesigen Gemeinewald an Ort und Stelle verkauft:

75 Stück Eichen mit Fm.: 4 II., 8 III., 14 IV., 16 V., 1 VI. Kl.
8 St. Buchen mit Fm.: 2 II., 3 III., 2 IV. Kl.
70 Stück eichene Wagnerstangen.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr am Rathaus. Auszüge durch Waldmeister Gehring.
Den 7. Februar 1928.

Schultheißenamt.

Gemeinde Ottenbronn.



Nadelstammholz-Verkauf.

Am Samstag, den 11. Februar nachmittags 3 Uhr kommt auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen Ausschreib nachstehendes Stammholz zum Verkauf:

Fichten, Tannen und Föhren-

Laugholz 214 Stück I. Klasse 3,04 Fstmeter, II. Kl. 16,30 Fstm., III. Kl. 42,78 Fstm., IV. Kl. 40,00 Fstm., V. Kl. 24,64 Fstm., VI. Kl. 1,64 Fstm.

Sägholz: I. Kl. 1,32 Fstm., III. Kl. 1,91 Fstm., IV. Kl. 1,62 Fstm., V. Kl. 0,35 Fstm.

Gemeinderat.

Ottenbronn.

Die hiesige

Gemeindejagd



umfassend 330 ha Feld u. Wald, kommt am Samstag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr auf dem hiesigen Rathaus auf 6 Jahre zur Verpachtung. Liebhaber sind eingeladen. Unbekannte Steigerer haben Vermögenszeugnisse neuesten Datums vorzulegen.
Gemeinderat.

Die Wandarbeiten

liefert auf die Bühne schön gepoltenes,

trockenes Brennholz

zu 2,50 Mk. für 1 Zentner und

Anzündholz in Bündeln

zu 20 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen nimmt entgegen

Obermühlener...

Vereinigte Berlinische u. Preussische Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
(Alte Berlinische) Gegründet 1836
Berlin S. W. 69, Markgrafenstraße 11

Wir haben den dortigen, bereits organisierten Bezirk neu zu vergeben. Geboten werden Gehalt, Reisevergütung und Provision.

Tüchtige Herren

von gutem Ruf und Charakter finden Gelegenheit, sich bei unseren in jeder Beziehung konkurrenzfähigen Tarifen eine gute entwicklungsfähige Position zu schaffen. Angebote mit Angabe der bish. Resultate erbitten wir an unsere

Bezirksdirektion für Württemberg und Hohenzollern Stuttgart, Urbanstr. 70.

Verkaufe einen gutlaufenden

3 1/2 Tonnen Lastkraftwagen



(Marke Opel) guter Bergsteiger, noch nicht viel gefahren um den Spottpreis von 3200 Mk. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist Dr. Erlie's echtes **Brennnesselhaarwasser** (Nk. 1.50) Neue Apotheke Calw, Apotheke Liebenzell.

Haarspannen repariert

J. Obermatt, Friseur beim Adler, Telefon 240

Veteranen- und Militärverein Calw

Am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal Hotel „Adler“ die diesjährige

Hauptversammlung

- statt. Tagesordnung:
1. Bericht des Schriftführers über die Vereinstätigkeit 1927.
 2. Bericht des Kassensührers.
 3. Bericht des Fürsorgeanwalts.
 4. Bericht des Schießleiters.
 5. Neuaufnahmen.
 6. Wahlen.
 7. Ehrungen für verdiente Vereinsmitglieder.
 8. Erstellung einer eigenen Schießanlage.
 9. Verschiedenes.

Änderungen in der Reihenfolge behält sich die Vorstandschast ausdrücklich vor.

Die Vereinsleitung ersucht die Herren Kameraden, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung sich recht zahlreich beteiligen zu wollen.

J. N.: Der Ausschub.

LUGER

Eingetroffen

Lebensfrische

See-Fische

direkt von der See.

Cabljan

Pfd. 35 Pfg.

See-Lachs

Pfd. 35 Pfg.

Frische gelbe Heringe

Pfd. 20 Pfg.

Frisch gewässerte Stockfische

Pfd. 30 Pfg.

Frische Fett-Vütslinge

Pfd. 28 Pfg.

Echte Sprossen

1/2 Pfd. 15 Pfg.

5 Prozent Rabatt.

Ihr Bruchleiden

verzahnmerkt sich unbedingt beim Tragen eines unrichtigen, schlechthängenden Bruchbandes. Verhüten Sie das durch meine seit 20 Jahren wohlbekannte, unter Garantie stehende, ärztlicherseits anerkannte Spezial-Bandage für alle Brucharten, auch Hodenbrüche, ohne Feder, kein harter Ledergürtel oder Eisenbügel. Ferner Leib-, Diabell-, Worsfallbinden etc. Nachweislich haben sich Personen durch das Tag- u. Nacht-Tragen meiner Bandage selbst geheilt, z. B.: H. W. Wergentheim: 35 J. alt, Leidend. geh.: H. W. Wera: 11 J. alt, ebenf. geh.; H. W. Friedberg: 52 J. alt, geh. usw.

Kostenlos zu sprechen in: Calw Freitag, den 10. Februar von 2 1/2 - 6 Uhr nachmittags im Hotel Adler, ferner in Nagold, Freitag, den 10. Februar von 8-1 Uhr im Hotel Löwen.

Bandag.-Spezialist Eugen Frei Nachf. (W. Frei), Stuttgart, Birkenstraße 12.

Wegen anderweitigen Unternehmungen verkaufe ich mein bereits noch neues

Haus, einige Morgen Felder

sowie einen schönen Baumgarten, in nächster Nähe Calws. Verkauf kann jederzeit abgeschlossen werden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



Kaisers Brust-Caramellen mit den „3 Tannen“

schützen mich vor Erkältung, Husten und Katarrh! — Weder Regen, Schnee noch Kälte können Ihnen schaden, wenn Sie dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel bei sich haben. Schnell u. sicher beseitigen Sie damit Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung.

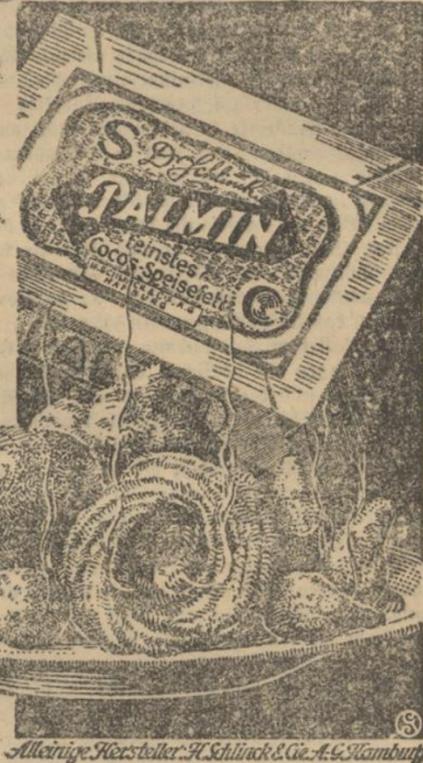
Paket 40 Pfg., Dose 80 Pfg. Zu haben bei:

Neue Apotheke, Th. Hartmann, Alte Apotheke, Fr. C. Reichmann, Ritterdrogerie, O. E. Kistowski; Carl Serva; Herm. Häussler, Hans Helmgärtner; Fr. Lamparter; Wilh. Sachs, K. Otto Vinçon; Apotheke E. Müller, Aidingen und wo Plakate sichtbar.

FASTNACHTS-GEBACK

Berliner Pfannkuchen Krapfen Muzen

Je feiner das Backfett um so feiner die Gephywark. Refinirt bis zum letzten Grad. Fastnachtsgebäck mit dem natürlichen Pflanzenfett **Palmin**



Alleinige Hersteller: H. Schöck & Co. A.-G. Hamburg

Oberhangkeit. Im Wege der Zwangs-

vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 10. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, gegen bare Bezahlung:

1 Kuh rab Marke Fels, 1 Paar Läufer Schweine.

Zusammenkunft b. Rathaus-Gereichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dyingemach.

Nagelberg O. A. Calw.

Im Wege der Zwangs-

vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 10. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, gegen bare Bezahlung:

zirca 80 Zentner Heu u. Stroh, Ackerfutter, 80 Garben Haber.

Zusammenkunft b. Rathaus-Gereichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dyingemach.

LUGER

Blond-Orangen

Pfund ca 5-6 St. 25 Pfg.

Vollsaftige

Blut-Orangen

Pfund ca 4-5 St. 35 Pfg.

Gold gelbe Bananen

5% Rabatt

R. Mk. 15 000. — aus Privatband auch geteilt zu 6 bis 7% zu vergeben. Näheres durch Trenthänder unter V. N. S. 5584 an Althausen u. Vogler, Stuttgart.

Auf 15. Febr. od. 1. März solides

Alleinmädchen gesucht.

Regierungsapotheker Palmer Inselstraße 199.

Suche für 1. März ehrliches, fleißiges

Alleinmädchen

Guter Lohn und Behandlung.

Philipp Reis Metzgerei Mannheim Augartenstraße 34.

Mädchen-Gesuch.

Zum Eintritt für Mitte März und Anfang April suche ich

2-3 geordnete Mädchen

für Küche und Hausarbeit. Adler & Dieck Bad Leinach.

W. Forstamt Liebenzell. Laubstammholz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 16. Februar 1928 nachm. 1 Uhr in Bad Liebenzell im „Lamm“ aus Staatswald (Forstmeister- u. Oberförsterrevier) 70 Eichen mit Fm.: 1 III., 6 IV., 17 V., 4 VI. Kl.; 183 Rothbuchen mit Fm.: 6 II., 15 III., 65 IV., 41 V. Kl. Auszüge durch die Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart.

W. Forstamt Calmbach Forstmeister u. Oberförsterrevier.

Schäferholz-Verkauf.

Am Freitag, den 17. Februar 1928 vorm. 9 Uhr in Calmbach in der „Lössen“ aus Staatswald Ditt. I. Eichen, III. Kiefern, IV. Heilmehrbirch und V. Stäbchen, im Kolbu.: 31 Stktr., 46 Pfgl., 427 Klobh., 32 Anbr., Uebr. Laubh.: 85 Anbr.; Nadelh.: 1 Spält., 51 Pfgl., 800 Anbr. Lössverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart.

Teppiche

nur bestbewährte deutsche Qualitäten und echte Perser all. Provenienzen liefert auf Wunsch auch bei bequem. Teilzahlungen das bekannte Teppichhaus Eberhard Stuttgart, Königstraße Nr. 1 I I Schreiben Sie sofort I I

Sterbekleider Sterbekissen Sargdecken
Luffe
Schaufelberger
Untere Marktstr. 24

Spekhardt
Verkaufe eine mit dem 4. Kalb 34 Wochen trüchtige

Ruh
Jakob Schaible.